

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Verichtshand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Schuele
Druck und Verlag
der A. Oesthäger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 134

Samstag, den 12. Juni 1926.

101. Jahrgang

Aufräumungsarbeiten im Reichstag.

Das kommunistische Misstrauensvotum abgelehnt.

60-Millionen-Darlehen an die Landwirtschaft.

Berlin, 12. Juni. Nach der scharfen Auseinandersetzung am Donnerstag ist wieder völlige Ruhe im Reichstag eingetreten. Auch das kommunistische Misstrauensvotum brachte keinerlei aufregende Momente. Wie vorausgesehen war, fand es nicht einmal die Unterstützung der Sozialdemokraten, jedoch es der Ablehnung verfiel. Ein kleines Nachspiel zum Tage zuvor brachten die Ordnungsruufe an eine Reihe von Abgeordneten. Eine besonders scharfe Zurechtweisung zog sich nachträglich noch der sozialdemokratische Abgeordnete Rosenfeld zu wegen seines Zwischenrufes „Wortbröcker“. Präsident Loebe machte darauf aufmerksam, daß im Aktienrat der Wunsch vorgetragen worden sei, bei der Wiederholung einer gerügten Bemerkung — dem Abg. Rosenfeld wurde schon am Donnerstag ein Ordnungsruf zuteil — mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln gegen den betreffenden Abgeordneten vorzugehen.

Nach dieser Einleitung ging das Haus dann an das umfangreiche Tagesprogramm heran und erledigte in flotter Beratung Punkt für Punkt. Das Luftfahrtabkommen ging dem Auswärtigen Ausschuss zu. Der Bericht des Verkehrsauausschusses über die Anforderung von Geldmitteln zum Bau des Lippekanals wurde angenommen. Ferner beschäftigte sich das Plenum eingehend mit Verkehrsfragen und dem Ausbau verschiedener Eisenbahnlinien. Dagegen wurde das Gesetz über die Gewährung eines 60 Millionen-Darlehens zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung an den Ausschuss zurückverwiesen. Damit ward die Tagesordnung erschöpft.

Sodann ging er in einer zehn Minuten danach stattfindenden zweiten Sitzung an den Rest des noch vorliegenden, aber in der ersten Beratung noch nicht berücksichtigten Beratungsmaterials. Der Aufhebung der Immunität des völkischen Ab-

geordneten Kube wurde zugestimmt. Darauf wird die in der ersten Sitzung an den Ausschuss zurückverwiesene Vorlage über die Gewährung von Darlehen an die Landwirtschaft doch noch zur Beratung gestellt und in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Schließlich gelangte noch ein Antrag über die Wiedereinführung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen an die Beamten ab 1. April 1927 zur Annahme. Ein kommunistischer Antrag auf Erhöhung der Zuschläge zum Grundgehalt wurde abgelehnt. Damit war der Beratungstoff erschöpft und das Haus vertagte sich auf Montag, den 21. Juni.

Rabinettsbesprechungen.

Um die erhöhten Getreidezölle.

Im Berlin, 12. Juni. Wie die Morgenblätter zu der gestrigen Besprechung der Regierung mit den Führern der Regierungspartei, an der u. a. Reichskanzler Dr. Marx, Innenminister Dr. Kütz und Reichsernährungsminister Dr. Haslunde teilnahmen, ergänzend mitteilend, wurde die Frage erörtert, die erhöhten Getreidezölle am 1. August noch nicht in Kraft zu setzen, weil bis dahin noch nicht alle Handelsverträge unter Dach und Fach gebracht worden seien. Eine Entscheidung darüber stehe aber noch aus.

Wechsel im Staatssekretariat der Reichskanzlei?

Im Berlin, 12. Juni. Es ist in parlamentarischen Kreisen die Rede davon, daß der Reichskanzler Marx sich nun doch auf das Drängen seiner Fraktion hin entschlossen habe, das Demissionsgesuch des Staatssekretärs Kempner anzunehmen und den Posten des Staatssekretärs mit einer ihm parteipolitisch nahe stehenden Persönlichkeit — man spricht von einem Beamten des Reichsarbeitsministeriums — zu besetzen. Demgegenüber bemerkt die Tögl. Rundschau, daß diese Frage vorläufig noch nicht spruchreif sei. Vor dem 20. Juni würden keine Personalveränderungen vorgenommen werden.

Deutschland und die Ratsfrage.

Der Weg zum Völkerbundeintritt geebnet?

Im Berlin, 12. Juni. In Berliner gut unterrichteten Kreisen ist man der Ansicht, daß mit den Erklärungen des brasilianischen und des spanischen Delegierten in der gestrigen Ratsversammlung dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in der Septembertagung der Weg geebnet ist.

Nach der Erklärung des spanischen Delegierten, daß Spanien die Abänderung zu Artikel 4 der Satzungen ratifizieren würde, kann die Bundesversammlung mit zwei Drittelmehrheit den von der Studienkommission vorgeschlagenen Wahlmodus beschließen. Brasilien wünscht offenbar, mit seinem Ausschreiten aus dem Rat im September eine Erklärung zu vermeiden, die ähnlich wie im März den Eintritt Deutschlands in den Rat verhindern würde. Voraussetzungsweise wird der Präsident des Rates sich mit dem Präsidenten der Studienkommission Motta darüber verständigen, ob nunmehr noch vor der Septembertagung die Studienkommission zur zweiten Lesung der Ratsfrage zusammenzutreten soll.

Die Abgabe Brasiliens an den Völkerbund.

Im Genf, 12. Juni. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht den Wortlaut der Note der brasilianischen Regierung, die Mello Franco dem Generalsekretär des Völkerbundes übergeben hat. Es heißt unter anderem:

Nach Loarno sei die Notwendigkeit der Vermehrung der ständigen Ratsmitglieder derart offenkundig gewesen, daß es ungreiflich sei, aus welchem Grunde in Locarno nur über die Enträumung eines ständigen Ratsmitglieds an Deutschland die Rede gewesen sei. Die Wahl Deutschlands zum ständigen Ratsmitglied bedürfe jedoch eines einstimmigen Beschlusses aller Ratsmitglieder.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund werde zweifellos von der ganzen Welt gewünscht. Deutschland müsse im Völkerbund den Platz bekommen, der ihm seiner Bedeutung nach zustehe. Niemand habe dies dringender gewünscht als Brasilien, das am besten den Wert und die Bedeutung einer Zusammenarbeit mit Deutschland beurteilen könne.

Brasilien habe damals auf seine Anfrage auch seine Sympathie für Deutschland offen ausgesprochen. Es sei im März nach Genf gekommen, in der Absicht, an den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, sowie an der gleichzeitigen Zuerteilung eines ständigen Ratsmitglieds an Deutschland, Spanien und Brasilien mitzuwirken. Die französische Regierung habe damals offen die Berechtigung der brasilianischen Wünsche anerkannt und auch der Vertreter Englands habe keine Einwände

erhoben. Allgemeine Überraschung habe dann das schwedische Veto gegen jede Erweiterung des Rates über die Erteilung eines Sitzes an Deutschland hinaus ausgelöst. Brasilien habe mit gutem Recht seine Stellungnahme dementsprechend einrichten müssen. Die neuerliche Haltung Brasiliens und sein Verzicht auf den Ratsitz sei ausschließlich von dem Bestreben diktiert, den unversessenen Charakter des Völkerbundes zu erhalten. Brasilien müsse die Verantwortung für die einseitige Entwicklung des Völkerbundes den Großmächten überlassen. Es werde selbst den Idealen des Völkerbundes treu bleiben.

Spanien hält seinen Anspruch aufrecht.

Im Berlin, 12. Juni. Die Morgenblätter melden aus Madrid: Der Minister des Auswärtigen äußerte Pressevertretern gegenüber auf die Frage betr. die Ratifizierung des Zusatzvertrages zum Art. 4 des Völkerbundsstatutes durch die spanische Regierung: Die spanische Regierung hat es bisher abgelehnt, diesen Zusatzvertrag zu ratifizieren, damit Spanien für eine Wiederwahl freie Hand behalte. Spanien hat aber kein Interesse mehr daran, sich diese Möglichkeit zu erhalten, da die spanische Regierung fest entschlossen ist, auf der nächsten Versammlung im September nicht mehr zu kandidieren. Im gegebenen Augenblick wird sich der Völkerbund darüber schlüssig werden müssen, ob er das Gesuch Spaniens um einen ständigen Ratsitz annehmen oder ablehnen soll, denn ein nicht ständiger Sitz hat für uns alles Interesse verloren. Da die Dinge so stehen und wir dem Madrider Kabinett beschloßen, den Zusatzvertrag zu Art. 4 des Völkerbundsstatutes zu ratifizieren. Die spanische Regierung bringt so nicht nur ihren aufrichtigen Wunsch zum Ausdruck, eine freie Entwicklung des Völkerbundes zu erleichtern, sondern auch den festen, mehrfachen und unerwiderlich bekundeten Willen, einen ständigen Sitz im Völkerbundsstatut zu erhalten.

Frankreich und die deutschen Reparationslieferungen.

Deutschland soll Frankreich elektrifizieren.

Im Paris, 12. Juni. Der Minister für öffentliche Arbeiten, de Monzie, hielt gestern abend bei einer industriellen Tagung in Paris eine bedeutende Rede über die deutschen Sachlieferungen. Der Minister erklärte, bisher seien an Sachlieferungen in der Hauptgattung Rohstoffe, wie Kohlen, Phosphat, Düngemittel, chemische Erzeugnisse und Papiermasse abgeliefert worden. Aber die Grenzen dieser Praxis seien bald erreicht. Dann sei Frankreich gezwungen, zu wählen zwischen der Ausdehnung der Sachlieferungen auf Industrieerzeugnisse, Maschinen und Arbeitsleistungen. Die Regierung plane zwar, namentlich für die fran-

Tages-Spiegel.

Der Reichstag vertagte sich gestern bis zum 21. Juni. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung stehen die Handelsverträge mit Schweden und Dänemark.

Im Reichstag wurde der Gesekentwurf zur Gewährung eines 60 Millionen Darlehen aus Mitteln der Reichsgetreidestelle zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Reichsregierung hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, in der Frage des Aufwertungsbegehrens einen Gesekentwurf auszuarbeiten, der baldmöglichst dem Reichstage eingereicht werden soll.

Brasilien hat ein längeres Schreiben an den Völkerbund gerichtet, in dem eine Drohung mit dem Austritt enthalten ist.

England hat an die Sowjetregierung eine Protestnote wegen der Ueberlieferung von Streikgeldern gerichtet.

Briand erzielte in der Kammer eine Verschiebung der Interpellation Franklin Bouillons über die allgemeine Regierungspolitik.

Aus Sidney wird gemeldet, daß in der Nähe von Aberdeen infolge Zusammenbruchs einer Brücke ein Schnellzug in einen Fluß gestürzt ist. 5 Personen wurden getötet, 24 schwer und 40 leicht verletzt.

zösischen Kolonien, Maschinen zu bestellen. Damit könne aber nur ein kleiner Teil der Daweszahlungen erschöpft werden ohne Nachteil für die französische Industrie. Eine Uebertragung von Goldwerten sei nicht wünschenswert, denn in diesem Falle erhalte Frankreich deutsche Eisenbahn- und Industrieobligationen, die es selbst auf offenem Markt unterbringen müsse. Besser sei es also, sich auch für Frankreich Maschinen liefern zu lassen und sich durch deutsche Arbeitsleistungen bezahlt zu machen. Dabei sei Sorge zu tragen, daß diese deutschen Leistungen für produktive Zwecke angelegt würden, namentlich zur Elektrifizierung des ganzen Landes. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten habe ein umfangreiches Programm ausgearbeitet, das augenblicklich von der Regierung geprüft werde.

Fortdauer der Krisenstimmung in Paris.

Im Paris, 12. Juni. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, steht die Entscheidung über die Umbildung der französischen Regierung unmittelbar bevor. Selbst innerhalb des Kabinetts Briand gehen die Mäandere gegen den Fortbestand der Regierung weiter. Die Erklärung des Ministerpräsidenten Briand, daß er sich mit Franklin Bouillon lediglich über die Verhandlungen vor dem Auswärtigen Ausschuss der Kammer verhandelt habe, dürfte nicht zutreffen. Bouillon hatte in den Wandelgängen der Kammer erklärt, er habe nicht auf seine Interpellation verzichtet, er habe sie nur auf später vertagt. Er würde seine Interpellation nur in Uebereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten einbringen und wenn er den Moment für geeignet halte. Von der Presse wird die Möglichkeit eines Ministeriums der Großen Koalition von der Linken bis zu den Rechtsrepublikanern eifrig besprochen. Der Temps wendet sich schon jetzt gegen diese Idee der Großen Koalition mit Einschluß der Linken, denn durch Konzessionen an die Sozialisten könne man die Finanzprojekte der Regierung keineswegs verbessern. Eine neue Majorität könne sich nur im Hinblick auf die Finanzpolitik bilden und auf Grund dieser Mehrheit müsse sich auch die neue Regierung aufbauen.

Das betrogene Italien.

Im Rom, 12. Juni. Unter dem Titel „Das verratene Italien“ greift Mussolinis Bruder Arnaldo in dem führenden faschistischen Blatt „Popolo d'Italia“ in heftigster Weise England und Frankreich an, die unter Lloyd George und Clemenceau, wie die letzten Veröffentlichungen des russischen Schwarzbuches beweisen, Italien systematisch um Smyrna betrogen hätten. Ebenso verräterisch habe das zaristische Rußland in formalem Einverständnis mit England und Frankreich die rechtlichen Forderungen Italiens auf Finme, die Adriatische Küste, den Dodekanosen, den asiatischen und afrikanischen Kolonialbesitz hintertrieben. Der Artikel schließt, daß die Dokumentation des Schwarzbuches derart unmoralisch sei, daß man es kaum für möglich halten könne, daß die verantwortlichen Regierungen der Alliierten fertig gebracht hätten, sich während des Krieges zu verständigen, um eine alliierte Nation, die militärisch und politisch ein Element erster Ordnung gewesen sei, zu verraten.

0. Juni 1926.

Dank allen uns bei dem Verlusten des Kindes Teilnahme haben. Familie Schwämme.

Diplome Schriftenungen

ertrag

Knuch

oll. ungen-rien

Knuch

Knuch

Knuch

Knuch

Knuch

Knuch

Kleine politische Nachrichten.

Immunitätsaufhebung im bayerischen Landtag. Das Plenum des bayerischen Landtags erklärte gegen die Stimmen der Linken die Genehmigung zur Strafvollstreckung für die kommunistischen Abgeordneten Schläffer und Götz, die im Frühjahr dieses Jahres wegen Hochverrat zu drei Jahren bzw. drei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt worden waren. Das Abstimmungsergebnis wurde von den Kommunisten mit lebhaften Protesten aufgenommen.

Amerika und die Angriffe gegen Hindenburg. Die amerikanischen Zeitungen beschäftigen sich lebhaft mit den Angriffen, die der sozialdemokratische Abg. Müller-Franklin im Reichstag gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg gerichtet hat. Die Ausführungen Müllers haben großes Bestreben erregt. Man ist in Amerika gewohnt, daß die Person des Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht in die parteipolitische Debatte gezogen wird. Das Vorgehen Müllers gegen den Reichspräsidenten wird deshalb hier für ungewöhnlich und unvornehm angesehen und Müllers Kampfmittel sind, vom amerikanischen Standpunkt aus gesehen, verwerflich.

Klageeinreichung Ungarns. Der Chef der ungarischen Delegation reichte bei dem Schweizer Gericht wegen tätlicher Mißhandlung des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen bei Ausübung seiner Pflicht als Repräsentant eines Mitgliedsstaates eine Klage ein. Der Täter wurde gestern von der Polizei vernommen und erklärte, er habe ausschließlich aus politischen Motiven gehandelt.

Das ägyptische Parlament einberufen. Nach einer Times-Meldung aus Kairo wird das neue ägyptische Kabinett wahrscheinlich folgende Zusammensetzung haben: Premierminister und Innenminister: Abd el-Bascha, Auswärtiges: Abd el-Shehal, Sarnat Pascha, Justizminister: Zaki Pascha. Das Parlament ist für den 10. Juni einberufen worden.

Die Anleiheablösung.

Einschließung eines Untersuchungsausschusses des Reichstags.

Zu Berlin, 11. Juni. Im Haushaltsausschuß des Reichstages ist auf Antrag des Abg. Hergt (Dntk.) beschlossen worden, einen Unterausschuß einzusetzen, in dem mit der Reichsregierung alle diejenigen Fragen erörtert werden sollen, die sich auf dem Anleiheablösungsgebiet seit dem Erlaß des Anleiheablösungsgesetzes ergeben haben. Nach den Ausführungen des Antragstellers ist dabei an die verschiedensten inzwischen brennend gewordenen Fragen gedacht, wie die Frage des gesamten Ablösungs- und Vorzugsrentenverfahrens und die Frage, inwieweit die für die Kommunalanleihen und Sparanleihen bisher von den Ländern in Aussicht genommenen Anordnungen mit dem Willen des Gesetzgebers vereinbar und allenfalls abzuändern sind. Von jeder Fraktion werden zwei Mitglieder in der Ausschuß entsandt, der seine Arbeiten möglichst bald aufnehmen soll.

Das Konferenzprogramm der Kleinen Entente.

Zu Bukarest, 11. Juni. Die Regierungen der Kleinen Entente-Staaten treffen gegenwärtig die Vorbereitungen für die Konferenz der Kleinen Entente, die, wie jetzt endgültig feststeht, am 17., 18. und 19. Juni in Wien in Südböhmen stattfindet. Es ist ein sehr umfangreiches Verhandlungsprogramm aufgestellt worden, das wie folgt gegliedert ist: 1. Prüfung der allgemeinen politischen Lage; 2. Untersuchung aller kritischen Fragen innerhalb der Kleinen Entente sowie der Haltung der Kleinen Entente-Staaten zur allgemeinen europäischen Politik; 3. Die politischen Streitfragen der europäischen Staaten zur Kleinen Entente. Der wichtigste Konferenzpunkt, die Verlängerung der Freundschaftsverträge zwischen Rumänien und Jugoslawien, zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei soll jedoch schon vor der Konferenz besprochen und erledigt werden. Als Nebenfrage wird auf der Konferenz die Regulierung des unteren Donaulaufes erörtert werden.

Aus aller Welt.

Eine Mordtat in Baden-Baden.

Im Verlauf eines Streites wurde der 24 Jahre alte Sohn eines Pferdehändlers von einem Landwirt erschossen. Der Täter, der die Flucht ergriff, konnte bald gefangen werden.

Meuternde Matrosen.

Wegen Meuterei festgenommen wurden in der Nacht vom 8. zum 9. Juni in Holtenau 11 Matrosen vom Dampfer Redar. Der Dampfer nahm in Holtenau neue Besatzung und setzte seine Fahrt nach dreistündigem Aufenthalt nach Westen fort.

Dhrseigen im Berliner Stadtparlament.

Bei der Abstimmung über zu dem Kapitel Wohlfahrtspflege eingebrachte Anträge kam es in dem Stadtverordnetenrat zu einem Zusammenstoß zwischen dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Klose und dem Kommunisten Haedde, der darin gipfelte, daß Haedde Klose angeblüh wegen des Ausbruchs „Kaufjunge“ tätlich angriff und ins Gesicht schlug. Der Vorkämpfer sah sich genötigt, die Sitzung auf kurze Zeit zu vertagen.

Seine Frau und sich selbst erschossen.

In Hermsdorf hat ein amerikanischer Staatsbürger, ein geborener Russe, seine aus Cottbus stammende Frau erschossen und sich dann selbst durch einen Schuß getötet. Der Russe war 1921 nach Amerika ausgewandert. Die Frau war jedoch nicht zu bewegen, ihm nachzukommen und hatte ein Liebesverhältnis mit einem Photographen angeknüpft. Als der Chemann davon erfuhr, kehrte er nach Deutschland zurück, drang in die Wohnung der beiden ein und vollführte nach kurzem Wortwechsel die Tat.

Frühlingsende.

Siehst Du, wie draußen blaues Mondlicht tropft
In Silberstücken?
Hörst Du, wie zart das Herz der Lenznacht klopft,
Frühst Du es zittern?
Die Wimpern senkte längst der Tag verweht,
Die tränenfeuchten, —
Am Horizont durch Wellenschleier irrt
Ein Wetterleuchten.

Und leise rieselt zarter Blütenstaub
Zur Erde nieder,
Die Bäume harr'n wie in geheimem Weh
Verklungner Lieder. —

Spielt Du den Duft, so süß und doch so bang,
Wie Angst vor Schmerzen,
Und wie es mich zu tiefst so weh durchdrang
In meinem Herzen?
M a r g a F i n d.

Vom Landtag.

Der Landtag hat am Donnerstag eine Doppelsitzung abgehalten. In der Vormittagsitzung konnte der Etat des Kultministeriums erledigt und dann auch noch mit der Beratung des Justizetats begonnen werden. Beim Kultetat wurde zunächst die Abstimmung über die Anträge zu Kap. 57-60, Volksschule nachgeholt. Die kommunistischen Anträge, darunter auch derjenige der die sofortige Aufhebung des Schullastengesetzes wünscht, wurden abgelehnt und das gleiche Schicksal widerfuhr auch dem Antrag Heymann (Soz.) betr. die Schaffung von Förder- und Aufbaulassen an Volksschulen. Die Anträge des Finanzausschusses fanden durchweg Zustimmung. Beim Kultetat kam es zuerst noch zu einer längeren Aussprache über das Landestheater. Hier wurde von der Rechten, insbesondere von Frau Rist (Ztr.) und Dr. Wiber (W.) vor allem die Uebernahme des vielfach beanstandeten Stückes „Der fröhliche Weinberg“ auf den Spielplan der Landestheater kritisiert und betont, daß das Kultministerium sich eine sorgfältige Prüfung der auf den Spielplan kommenden Stück auf ihren sittlichen Wert angelegen sein lassen sollte. Der Kassenerfolg allein dürfe nicht ausschlaggebend sein. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß im früheren Hoftheater derartige Stücke nicht auf den Spielplan gekommen wären; und wenn je einmal ein Mißgriff gemacht wurde, so wurde das beanstandete Stück schon nach dem ersten Protest des Publikums wieder vom Spielplan abgesetzt. Demgegenüber vertrat der Abg. Heymann (Soz.) die Auffassung, daß der Landtag nach seiner Zusammensetzung und der ganzen Art seines Zustandekommens kein Tribunal für künstlerische Angelegenheiten sei und daß er sich auch in Theaterfragen Beschränkung auferlegen sollte. Der Abg. Brönne (Komm.), der gleichfalls zur vorliegenden Frage das Wort ergriff, machte das aus dem Munde eines Kommunisten recht interessante Geständnis, daß das Theater früher unter dem Königtum viel mehr Freiheit gehabt habe, als jetzt noch nach seiner Unterordnung unter das Kultministerium. Vom Abg. Schief (Dem.) wurde die Theaterkritik der Presse als vielfach zu weitgehend und zu scharf bezeichnet. Kultminister Bazille erklärte, es sei unmöglich, daß das Kultministerium über die Aufnahme der Stücke entscheide; wenn man hier einem Intendanten dreinreden wolle, so würde man einen tüchtigen Theaterleiter überhaupt nicht bekommen. Was das beanstandete Stück selbst anbelangt, so gab der Kultminister zu, daß es für ein Landestheater allerdings nicht geeignet sei. Das Theaterkapitel wurde schließlich genehmigt. Bei Kapitel 70, das Staatsbeiträge für sonstigen Aufwand auf Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vorsieht, wurde von verschiedenen Seiten eine tatkräftige Unterstützung der Jugendherbergen gefordert und ein Antrag angenommen, der dem Deutschen Auslandsinstitut für die beiden Staatjahre 1926 und 1927 je einen außerordentlichen Beitrag von 50 000 M. bewilligt. Verlangt wurde auch ein nachdrücklicher Staatschutz für die Stuppacher Madonna und für die monumentalen Kunstdenkmale des Landes, insbesondere das Ulmer Münster, die Frauenkirche in Eßlingen und die Heiligkreuzkirche in Gmünd. — Zum Justizetat machte dann Justizminister Beherle noch einleitende Ausführungen, indem er auf die starke Inanspruchnahme der Zivilbelike durch Konurse und die Aufwertungsregelung hinwies und die Notwendigkeit der Vermehrung der Zahl der planmäßigen Stellen begründete. Er fand warme Worte der Anerkennung für das würt. Notariatswesen und die freiwillige Gerichtsbarkeit überhaupt und lehnte eine Vereinhaltung des Notariatswesens, wie sie gegenwärtig von verschiedenen Seiten, namentlich in Norddeutschland gefordert wird, ab. Weiterhin wandte sich der Minister gegen den Vorwurf der Inparität im Justizministerium und betonte schließlich die Notwendigkeit, die Fürsorgefähigkeit für die entlassenen Gefangenen auf eine neue Grundlage zu stellen.

In der Nachmittagsitzung wurden von verschiedenen Fraktionsrednern eine Reihe von Einzelheiten auf dem Gebiete der Rechtspflege vorgebracht, nachdem der Berichterstatter über den Justizetat, Volz (Z.) einen Ueberblick über den zunehmenden Geschäftsanfall in der Zivilrechtspflege gegeben hatte. Dr. Schumacher (Soz.) begründete einen Antrag, daß Schöffen, die einen Verdienstausschlag haben, bei längerer Dauer der Sitzung eine angemessene Entschädigung gewährt werde. Weiter brachte Dr. Schumacher die alten Klagen über „Klassenjustiz“ vor und betonte insbesondere auch, daß mit der öffentlichen Klageerhebung in Württemberg ein großer Unfug getrieben werde. Ebenso wurde auch geklagt über die Tätigkeit der Polizei in ihrer Eigenschaft als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft. Gegen den Justizminister bezw. den Personalreferenten richtete der Redner scharfe Angriffe wegen der „Personalpolitik“, die im Justizministerium getrieben werde. Dr. Schott (W.) erklärte die in weiten Kreisen herrschende Unzufriedenheit mit der außerordentlich starken Ueberlastung der Justizbeamten, namentlich den Vollstreckungen bei Zahlungsbefehlen

und bei der Aufwertungsregelung. Eine Vermehrung der planmäßigen Stellen und des Personals überhaupt könne daher nicht mehr länger hinausgezogen werden. Dr. Elzas (Dem.) brachte den Antrag ein, daß weibliche Gerichtsassessoren zum würt. Staatsdienst zugelassen und daß für die als Schöffen tätigen Hausfrauen eine Entschädigung in der Höhe der durchschnittlich den männl. Schöffen gewährten eingeführt werde. Nachdem dieser Redner noch eine Reihe von Einzelheiten besprochen, wurde unterbrochen.

Sport.

Fußballsport am Sonntag.

Nach einer längeren Pause durch das Feuerwehrofest und infolge eines auswärtigen Spiels tritt am kommenden Sonntag die erste Mannschaft des einheimischen Vereins auf dem hiesigen Sportplatz wieder in die Schranken, um sich mit der 2. Mannschaft des bekannten „Sportklubs“ Pforzheim zu messen. In letzter Zeit war die Spielstärke Calws ziemlich schwankend, einerseits davon herrührend, daß durch Aufstellung neuer Kräfte Umstellungen notwendig waren, andererseits weil die Mannschaft in punkto Zusammenhang manchen Wunsch offen ließ. Frankenswechsel, zusammenhängendes und doch raumgreifendes Spiel mit flachem Paß nebst der nötigen Wucht muß in der Elf wieder mehr gepflegt werden, dann liegt die Möglichkeit eines Sieges stets eher nahe. Der Gegner am Sonntag dürfte ziemlich ebenbürtig sein, es sollte also da eine schöne und erfolgreiche Leistung erzielt werden. Die 1. und 2. Jugendelf spielen kombiniert vorher.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Preisliste.

100 holl. Gulden	188,98 Mk.
100 franz. Fr.	12,25 Mk.
100 schweiz. Fr.	81,36 Mk.

Produktenbörsen- und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern e. V.

L. C. Berliner Produktenbörse vom 11. Juni.

Weizen märk. Juli 196—196,50; Roggen märk. 178—183; Sommergerste 187—200; inländische Futtergerste 173—186; Weizenmehl 37,25—39,50; Roggenmehl 25,25—26,75; Weizenkleie 10; Roggenkleie 11,40—11,50; Viktoriaerbsen 36—46; kleine Speiserbsen 27—33; Futtererbsen 22—27; Peluschken 22,50 bis 27,50; Ackerbohnen 23—26; Wicken 32—35; blaue Lupinen 13,50 bis 15,50; gelbe 17,50—19,50; Kapsluchen 13,70—13,90; Leinsuchen 17,60—17,80; Trockenkörnchen 9,90—10,30; Sojabohnen 19,50 bis 19,80; Kartoffelflocken 20,70—21 M. Tendenz: stetig.

Wiedpreise.

Ravensburg: Bullen 44—47; Ochsen 44—49; Kühe 18—32; Kalbweil 48—50; Rinder 47—49; Kälber 65—70 M. pro Zentner. — Sulz a. N.: halbjährige Rinder 2—300; jährige 250—400; trüchtige Kälbinen 4—600; Kühe 3—500; Wurstkühe 2—300 M. pro Stück; Ochsen 1000—1400; Stiere 800—1000 M. pro Paar.

Schweinepreise.

Besigheim: Milchschweine 30—40; Läufer 80 M. — Bönningheim: Milchschweine 35—40; Läufer 69—90 M. — Gammertingen: Milchschweine 55 M. — Ravensburg: Milchschweine 38 bis 46; Läufer 50—85 M. — Saulgau: Ferkel 41—47; Läufer 52 M. das Stück.

Fruchtpreise.

Geislingen a. St.: Gerste 9,50; Hafer 10,20—11 M. — Ravensburg: Weizen 15—16; Kernen 15,60; Roggen 9—9,50; Braugerste 10—10,50; Hafer 10—11 M. — Reutlingen: Weizen 14—16; Dinkel 11; Gerste 10,50—11,80; Hafer 10—12 M. — Ulm: Kernen 15,70; Weizen 14—15,50; Roggen 9—9,50; Gerste 9—9,20; Hafer 9,70—11 M. je der Zentner.

Holzpreise.

Das Forstamt Dornstetten erlöste für 120 Jm. Nadelstammholz mit einem Ausbot von 29 000 M. 34 100 M., d. h. 117 Prozent. Alles wurde zugeschlagen.

Freudenstadt: Bei dem am 7. Juni abgehaltenen Nadelstammholzausverkauf des Forstamts Pfalzgrafenweiler wurden für 3603,94 Jm. Fichten- und Tannenlang- und Sägholz aller Klassen 104 935 M. erzielt, was bei einem Gesamtausbot von 87 043 M. einem Durchschnittserlös von 120,5 Prozent der Landesgrundpreise entspricht.

Unsere neuesten Muster

müssen Sie sich bei Bedarf in Geschäfts-Papieren vorlegen lassen, wenn Sie ein Formular wünschen, das zeitgemäß und zweckentsprechend ausgestattet ist. Wenden Sie sich an die Druckerei dieses Blattes.



Sportklub Pforzheim II. - F.V. Calw I.



Zum Volksentscheid für eine entschädigungslose Abfindung der Fürsten.

Friede ernährt — Unfriede verzehrt!

Diese alte Weisheit hatten wir 1914 in den Wind geschlagen — alle, Fürsten und Volk, nur ganz wenige ausgenommen. Zu unserem schweren Schaden! Die Hauptfahse aber bezahlte, in den Siegerstaaten so gut wie bei uns, das Volk. Gerade die Großtopfsten schienen auch dieses Mal wieder auf ihre Rechnung gekommen zu sein — trotz Niederlage. Leicht entsteht darum bei den Fürsten und Machthabern in Deutschland und in den Nachbarstaaten die Meinung: sie dürften leichtfertig die blutigsten Kriege ungestraft anzetteln, ohne allzugrobes eigenes Risiko. Wenn wir, das Volk, wirklich durch Schaden klug geworden sind, dann beugen wir vor. Das deutsche Volk ist, durch die bittere Erfahrung gewöhnt, mehr denn je mit Abscheu und Grauen vor jedem neuen Krieg erfüllt — aus wohlverstandenen Eigennutz heraus! Ich denke: das ist die beste Grundlage für echten Pazifismus. Wollen wir, daß ein Geist des Friedens auch in die Herzen und Hirne der Gewalthaber und der seitherrigen Fürsten einzieht, die doch, wie die Geschichte seit Jahrtausenden lehrt, immer den ersten Anstoß zum Krieg gegeben haben — dann müssen wir für eine entschädigungslose Abfindung der Fürsten eintreten. Auch sie werden nur durch Schaden klug werden. Damit wäre übrigens nur zum allerkleinsten Teil der unermessliche Schaden wieder gut gemacht, den ihre Unfähigkeit verursacht hat.

Der in Frage stehende sogenannte Besitz der Fürsten hat im Grunde gar nie mit Recht den Fürstenhäusern gehört. Deutlich zeigt das die Geschichte des württ. „Hofammerguts“: der 30jährige Krieg hatte unser Land fürchterlich verwüstet. Viele Dörfer wurden gar nicht wieder aufgebaut. Die Einwohnerzahl war auf ein Viertel gesunken. Das Zugvieh verschwunden. Über 300 000 Morgen (= 100 000 Hektar) Acker und Felder waren 1652 noch nicht wieder angebaut. Infolge der Entwertung des Grundeigentums war es dem damaligen Herzog (Eberhard III. 1628—1674) leicht viel Grund und Boden zu erwerben, den er dem Land (als Staatseigentum) nicht einverleibte, sondern als Privateigentum anfaß und bewirtschaftete. So entstand das „Kammererschreibereigut“ — das jetzige „Hofammergut“ von zusammen etwa 10 000 Hektar, wovon die Hälfte Waldungen, die andere Domänen und Weinberge zum großen Teil in den besten Lagen (Untertürkheimer, Ultinger usw.)

Also „Kriegsgewinn“ im schlimmsten Sinn des Wortes. Namentlich, wenn man bedenkt, welche Rolle dieser Herzog Eberhard III. damals gespielt hatte. Nach der Nördlinger Schlacht 1634 floh er mit seinem Troß nach Straßburg. Während sein Land schrecklich verwüstet wurde, belustigte er sich mit der Jagd, dachte sogar ans Heiraten und machte eine fröhliche Hochzeit. Immer war er in Geldnöten, alle pumpte er an. Der Pfarrer Valentin Andrea, der die Plünderung und Verbrennung der ganzen Stadt Calw miterlebt hatte und diese Geschichte beschrieb, schickte in seiner Gümmittigkeit dem Herzog auch 1200 Taler, die er vorher bei Freunden zusammengebettelt hatte. 1638 kam Eberhard wieder nach Stuttgart. Das erste war, daß er sich vom Land, den Landständen, seine persönlichen Schulden bezahlen ließ — neben den unermesslichen allgemeinen Kriegsschulden. Andrea, den der Herzog zum Hofprediger gemacht hatte, schreibt im Jahre 1642 (der Krieg ging erst 1648 aus!): „Unser Stallmeister ist mit vielen Rossen angekommen. Die machen mehr Freud, als wenn er Christum mit den 12 Aposteln gebracht hätte“. 1651 mußten die Landstände wieder etwa 3 Millionen Gulden Schulden des Herzogs übernehmen und so ging es weiter. Mit eigenem Geld hätte er nie das Hofammergut kaufen können, so billig es war.

Unter den folgenden Herzögen war es nicht anders, oft noch viel schlimmer. Man denke an Eberhard Ludwig, der seiner Vorfahrin das riesige Schloß in Ludwigsburg erbaute und eine ganze Reihe anderer einrichtete, an Herzog Karl Eugen, der lebte „wie der Gott in Frankreich“, und von dem sein Nachbar, der Markgraf von Baden sagte: Karl Eugen trachte ebenso ernstlich sein Land zu ruinieren, wie er, der Markgraf, sich bemühe, das seine glücklich zu machen — und doch gelinge es beiden nicht! — Auch die Napoleonische Zeit brachte keine Besserung. Es wird von manchen Seiten so dargestellt, als ob die seit-

herigen Fürstehäuser, und gerade auch das Haus Württemberg, durch Umsicht und weise Sparsamkeit ihre großen Vermögen erworben hätten. Das Gegenteil ist richtig: solche Verschwendung und solche Mißgriffe (politisch und wirtschaftlich) hätte sonst kein Sterblicher sich leisten können, ohne längst an den Bettelstab zu kommen. Hätten nicht die Steuern in der brutalsten Weise aus dem schaffenden Volk herausgepreßt werden können, dann wären diese Fürsten längst echte „Herren von Habentichs“ geworden!

Die Württemberger Herzöge wurden Könige von Napoleons Gnaden. Ihr Landgebiet wurde vergrößert auf Kosten der Reichsstädte, der Klöster und der kleineren Fürsten, Grafen und Freiherren. — Es ist wahr: man ließ damals diesen adeligen Herren ihren Grundbesitz; trotzdem er in den meisten Fällen, ganz ähnlich wie das „Hofammergut“, als Kriegsgewinn erworben wurde, den die Fürsten und Adeligen als österreichische Generale im 30jährigen Kriege oder in den vielen Kämpfen später gemacht hatten. Sie bildeten eine Großgrundbesitzerklasse, die einen guten moralischen Rückhalt abgab für den noch größeren königlichen Großgrundbesitzer, daß er nicht mehr so allein stand gegenüber dem durch Steuern und Frohnen aufs Schwerste bedrückten Volk. Auch brauchte man für die glänzenden Feste am neugebauten Königshof in Stuttgart eine prächtige Staffage: oben den Adel, der mit seiner reichen Grundrente die Ausgaben bestreiten konnte.

Für das Volk aber sind diese „Hof-fährigen“ kaum ein Segen gewesen. Ihre Leppigkeit und Luxus färbten ab auf die Beamenschaft und das reichere Bürgertum und von da auf alle Schichten. Heute schlägt man die Hände entsetzt über dem Kopf zusammen über die allgemeine Verschwendungssucht. Meist lebten die Adeligen ohne irgendwelche ernsthafte Tätigkeit — „standesgemäß“ das „arbeitslose Einkommen“ aus ihrer Grundrente verzehrend. Oder, wenn je einer eine wirtschaftliche Über hatte, so benutzte er seine Uebermacht, um seinen Besitz noch weiter zu vergrößern und weiter „Ader an Ader zu rücken“ (Jesaja V. 8). So wurde die Möglichkeit für unsere Jungbauern, selbständig zu werden, noch kleiner. Ja, als Knechte und Mägde durften sie den Herrn das Land bebauen für möglichst geringen Lohn, oft genug auch in geistiger Abhängigkeit. — Die Scheidung in Arm und Reich nahm so zu, statt daß sie kleiner wurde! Wollen wir nicht jede Gelegenheit benutzen, dieser verhängnisvollen Entwicklung ein Ende zu machen — wie, wo und wann wir nur irgend können!? Auf keinen Fall aber wollen wir die Zahl der vom Schweiß der Schaffenden lebenden Rentner und ihre Macht vermehren durch Verzicht auf die Fürstervermögen.

„Müßiggang ist aller Laster Anfang“ — so hieß es bei vielen Einzelnen dieser Herrschaften. Ich erinnere nur an den Eulenburg-Prozess oder an den „Klub der Harmlosen“ (d. h. der Glücksspieler). Im Vaterunser beten wir: Führe uns nicht in Versuchung. — Gut, dann dürfen wir aber uns selbst auch nicht in die schwersten Versuchungen führen, die doch übergroße Armut mit sich bringen muß, auch die Andern dürfen wir nicht gewissenlos der Versuchung übergroßen Reichtums aussetzen. Das wäre doch wohl im Einklang mit „den Nächsten lieben — wie sich selbst“!

Die Fürsten, die enteignet werden sollen, werden trotzdem nicht hungern müssen! Sie haben so viel Privatvermögen noch im Ausland, daß es gut reicht. Sie waren doch und sind noch mit den Allerreichsten in halb Europa verschwägert. Die meisten von ihnen waren höhere Offiziere und beziehen ansehnliche Pensionen. Herzog Albrecht von Württemberg z. B. hat Anspruch auf 20 000 Mark. Also hüten wir unser weiches Herz vor jeder falschen Gefühlsbuselei und wenn wir Mitleid und Barmherzigkeit üben wollen, dann wollen wir den wirklich Armen und Dürftigen unter uns geben und zuwenden, was in unseren Kräften steht.

Das ist wahre Bruderliebe und Menschenpflicht! Diese Gründe (es gibt noch andere) zwingen mich zu dem Schluß:

Die entschädigungslose Abfindung der Fürsten ist gerecht und gut und mit allen Mitteln anzustreben!

Sul. Glemser, Göppingen.



Politzschnell fliegt der Ball zurück
Erdal
gibt Glanz im Augenblicke

Unerhört billige Romane

Jeder Band Mark 1.85

Das billige Qualitätsbuch

Neue Bände vorrätig in der

Buchhandlung Häussler, Calw.

Das Neueste!

auf dem Gebiete der Sprechmaschinen sind

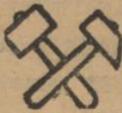
Optima-Musik-Apparate D. R. P.

aus bestem Resonanzholz. Günstige Zahlungsbedingungen. Unverbindliche Vorführung.

C. Bender, radio-techn. Werkstätte

Lederstraße 176.

Zum Eindecken für den Winterbedarf empfehlen



fämtliche Sorten

Anthrazit-Rohlen

Roks, Briketts

zu herabgesetzten Sommerpreisen

Wilh. Dingler, Friedr. Bauer

Albert Staud, Gottl. Eitel.

Gummischläuche
Schlauchwagen, Strahlrohre
sowie sonstige Zubehörfelle
liefert vorteilhaft.

CARL HERZOG
EISENHANDLUNG CALW

Ich schenke jedem der mich darum bittet u. 35 S Schreibgeb. einfindet: **25 RM.**

Diskretion. Keine Verpflichtung.

S. Klingers Verlag
Karlsruhe
Sofienstr. 35.

Schiedmayer
Pianofortefabrik STUTTGART Neckarstr. 19, Eckhaus

Flügel • Planos
Harmonium

Miete • Tausch • Stimmungen
Bequeme Teilzahlungen

Permat 26841-42

Für Wirte!

Papier-Tischtücher

in Krepp u. Damast
in Rollen v. 5 m Länge
und 100-120 cm breit
vorrätig bei

**Fr. Häussler
Calw
Papierhandlung**

Feinster Zwieback
gezuckert u. ungezuckert
Zwiebackmehlmehl
in bekannter Güte
**Eugen Hayd
Conditorei.**



1,42/5,5 PS.
3 Gangsgetriebe
Automatische Schmierung
Preis 995 M.
Ratenzahlung

VERTRETUNG

Henkelmann & Ritter

Bischoffstrasse 499 Fernsprecher 165

Dieselbst gebr. D-Rad und
N.S.U.-Motorrad (1 Zylinder)
billig zu verkaufen.

**WASCHMASCHINEN
WRINGMASCHINEN**
nur erstkl. Fabrik. empfiehlt
Fr. Herzog, beim Rößle, Calw.
Ausführung v. Reparaturen.

Ia. Eiderjethäse
9 Pf. Mark 6.— franko
Dampfäsefabrik,
Kendensburg.

Haarpfängen
repariert
S. Obermatt, Friseur.

*Lossmen die Ihren Kindern häufig
auf der kleinsten Spinne*



wenn sie sich Ihre
Kleider beschmutzen,
wäscht
**Dr. Thompson's
Seifenpulver**
in kurzer Zeit alles
wieder sauber, ohne
daß Sie zu reiben
oder sich zu quä-
len brauchen.



Eine schöne
**4-5-Zimmer-
Wohnung**

wird zum Tausch gegen eine
3-Zimmerwohnung angeboten.
Angeh. unter D.S. 184 an
die Geschäftsstelle ds. Bl.



Interessenten sind sbl.
eingeladen. Lokal:
Beginn 8 Uhr.

Am Sonntag, den 13. Juni 1926 findet
in Altburg die Gründungsver-
sammlung eines Farben- und
Briefstauben-Bereins statt.
Gasthaus zum „Lamm“.
Mehrere Laubenzüchter

Unsere

45 90 190 145 290

Serienangebote

Ein Rekord der Billigkeit und Qualität

Einige Beispiele:

45	90	1.45	1.90	2.90
Aluminium-Teller tief, 22 cm 45	Porzellan-Tasse und Dessertteller rot Iris . . . 90	Sand-Seele-Sodagarnit. 1.45	Porzell.-Suppenterrinen mit Deckel 1.90	Alum.-Fleischtopfe unbord. 22 cm 2.90
3-Porzellan Oberlassen mit Goldrand 45	10 Glas Kompott-Teller 90	Alum.-Schmortöpfe 18cm 1.45	Aluminium-Fleischtopfe unbordiert, 18 cm 1.90	Brotkasten Weißbl., lackiert 2.90
Salatschalen rund, gross 45	Emaille-Fensterreimer 22cm 90	Alum.-Nudelpfannen 20cm 1.45	Aluminium-Milchträger 2 Liter 1.90	Einkaufskörbe extra groß 2.90
Windeln hygienisch 80x80 45	Kind.-Ueberjäckchen fest. 90	Beinkleider mit Hohlsaum 1.45	Damen-Prinzessröcke mit Hohlsaum 1.90	Hemdhosens m. Klappelspiße 2.90
Cell.-Dosen mit Lanolinseife 45	Blüstenhalter gt. Wäschtuch 90	Klammerchürzen gezeich. 1.45	Cheviot reine Wolle, moderne Farben Meter 1.90	Geschäftstaschen aus Ledertuch mit Deckel. . 2.90
Nachttischdecke gezeich. 45	Trägerhemden m. Hohlsaum 90	Wachseide kar. u. gestr. mir. 1.45	Hauskleider gestreift Zellr. 1.90	H.-Taschenuhren gutgeh. 2.90
Tabletdecken gezeichnet 45	Nickelrand-Schwung- Spiegel gross 90	Kleiderstoffe kar. gt. Ware m 1.45	Spazierstöcke Manilla-Rohr 1.90	Popelin rein. Woll., mod. Farb. 2.90
Damenstrümpfe farbig. . 45	5 Stück Kernseife a 200 gr 90	D.-Strümpfe Flor, farbig 1.45	Schlupfhosen farbige, Kunstseide 1.90	Unterkleider farbige K'seide 2.90
Knaben-Schürzen belge und blau 45	3 Stück Putztücher 90	Kissen 80/80, gut. Wäschtuch 1.45	Selbstbinder reine Seide . 1.90	Rohseide naturl., echte Ware 2.90
Selbstbinder mod. Karos . 45	Kissen Rips, schwarz vorgez. 90	1 Kommodendecke weiß. . 1.45	Hausstuch gute Qualität 150 cm breit Meter 1.90	D.-Strümpfe reine Seide . 2.90

Pforzheim **KNOPE** Pforzheim

DAS GROSSE KAUFHAUS FÜR ALLE